LANDTAG DES SAARLANDES
17. Wahlperiode

Drucksache 17/1925
05.12.2025

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Doppelhaushalt 2026/2027 – Gegen Schuldenpolitik ohne Prioritäten – Für Investitionen in Mittelstand und Handwerk, Sicherheit sowie Bildung und Betreuung

Der Landtag wolle beschließen:

Nach Jahrzehnten als Haushaltsnotlageland hat das Saarland, bis zu den zusätzlichen Belastungen infolge der Corona-Pandemie, einen ausgeglichenen Haushalt geschafft. Das war das Ergebnis einer soliden, verlässlichen Finanz- und Haushaltspolitik der CDU-geführten Landesregierungen und Finanzministerien, die die SPD in der Großen Koalition stets mitgetragen hat. Diese Politik war auch die Grundlage dafür, dass das Saarland – trotz weiterhin begrenzter Spielräume – nach Umverteilung der Steuereinnahmen im Bund-Länder-Finanzausgleich mittlerweile über eine starke Finanzkraft pro Kopf im Vergleich aller Flächenländer verfügt. Hinzukommen Mittel aus dem Transformationsfonds und erhebliche Investitionsmittel aus dem Infrastruktur-Programm des Bundes.

Umso fragwürdiger ist es, dass die SPD-Alleinregierung für den Doppelhaushalt 2026/2027 keinen Willen zur klaren Prioritätensetzung einschließlich Kostenbegrenzungen erkennen lässt, sondern die gestiegenen Verschuldungsmöglichkeiten weitgehend ausreizt. Damit einher geht jedoch nicht etwa ein Anstieg der Investitionsquote, sondern der konsumtiven Ausgaben, vor allem beim Personal. Über 700 zusätzliche Stellen im vorliegenden Doppelhaushalt sind dafür ein klares Zeichen.

Statt Chancen zu nutzen, durch Digitalisierung und veränderte Prozesse Personalbedarfe zu reduzieren, weitet die SPD die Personalkörper immer weiter aus. Dies verstärkt den Eindruck einer Regierung, die – ähnlich wie beim Schuldenmachen – versucht, strukturelle Probleme mit zusätzlichem Geld zu über-

Ausgegeben: 05.12.2025

decken. Sofern zusätzliche Personalausgaben in tatsächlich notwenige Bereiche wie Polizei, Justiz oder Schulen fließen, ist dies zu unterstützen, wo sie jedoch dazu dienen, etwa die persönlichen Apparate und PR-Referate der Ministerpräsidentin und der SPD-Ministerinnen und SPD-Minister aufzublähen, ist dies klar abzulehnen.

Wie eine parlamentarische Anfrage der CDU-Fraktion ergeben hat, haben sich etwa im Innenministerium die Kosten allein für den unmittelbaren Führungs- und Kommunikationsapparat des Ministers in den ersten beiden Jahren der SPD-Regierungsverantwortung mehr als verdoppelt. In anderen Ressorts sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Hinzukommen weitere fragwürdige Kostensteigerungen wie die signifikante Erhöhung der Öffentlichkeitsarbeits-Mittel der Staatskanzlei im Vorwahljahr 2026.

Demgegenüber vernachlässigt die SPD-Alleinregierung wichtige Bereiche wie die Finanzverwaltung des Landes, in der inzwischen rund 150 Stellen unbesetzt sind. Dies führt zu erheblichen Belastungen in den Finanzämtern und beeinträchtigt sowohl Bearbeitungszeiten als auch den Service für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen. Indem die SPD dieses Problem einfach übergeht, wird sie der Bedeutung der Finanzverwaltung für Einnahmesicherung, Rechtsanwendung und Verwaltungsfunktion nicht gerecht. Wir setzen uns daher für ein abgestimmtes Maßnahmenpaket für eine nachhaltige Verbesserung der Finanzverwaltung ein.

Zudem ist der Umgang der SPD-Alleinregierung mit der Reform der Schuldenbremse problematisch und unprofessionell. Statt die besondere Lage des Saarlandes entschlossen bei den Verhandlungen zur Grundgesetzänderung zu adressieren, hat die Landesregierung dort Bedingungen unwidersprochen akzeptiert, die mittelfristig massive Risiken für das Saarland bergen: Zwar darf sich das Land künftig jährlich um bis zu 90 Millionen Euro stärker verschulden, doch im Gegenzug geraten die Sanierungshilfen des Bundes – 400 Millionen Euro jährlich, bislang unbefristet – unter Druck. Das neue Bundesgesetz betont jetzt ihren „temporären Charakter". Gleichzeitig verpflichtet sich das Saarland ab 2028, den Abbau seiner übermäßigen Verschuldung nachzuweisen. Neue Schulden machen und dem Bund gleichzeitig Schuldenabbau nachweisen – das passt nicht zusammen und wird nicht funktionieren. Erschwerend kommt hinzu, dass die ohnehin schon sehr hohe Altschuldenlast des Saarlandes insbesondere durch den Transformationsfonds weiter steigen wird.

Auch die Lage der saarländischen Kommunen macht unmissverständlich deutlich, dass der vorliegende Doppelhaushalt zentrale Probleme nicht löst, sondern verschärft. Unsere Städte und Gemeinden sind finanziell am Limit. Sie haben die geringsten Steuereinnahmen in ganz Westdeutschland und erreichen bei den kommunalen Investitionen nur etwa die Hälfte des Bundesdurchschnitts. Damit gehören die saarländischen Kommunen zu den finanzschwächsten in ganz Deutschland – ausgerechnet jene Ebene, die für den Großteil der öffentlichen Infrastruktur verantwortlich ist: Schulen und Kitas, Straßen und Brücken, Feuerwehrhäuser, Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser, Schwimmbäder, Sporthallen.

Der 2019 von der CDU-geführten Landesregierung auf den Weg gebrachte Saarland-Pakt hat den Kommunen spürbar geholfen, aber er reicht längst nicht aus, um die strukturelle Unterfinanzierung auszugleichen. Deshalb haben wir unter anderem die Forderung der kommunalen Spitzenverbände unterstützt, die **Investitionsmittel des Bundes vollständig der kommunalen Ebene zukommen** zu lassen. Dort wird dieses Geld am dringendsten benötigt, dort hat es die größte Wirkung. Doch mit der SPD-Alleinregierung ist das nicht zu machen. Schon die Gespräche über die aktuelle Finanzlage fanden nicht auf Augenhöhe statt. Die Kommunen hatten keine echte Verhandlungsposition, weil die Landesregierung die Entscheidungen allein treffen konnte.

Der Haushaltsentwurf der SPD-Alleinregierung zeigt deutlich, wohin das führt: Der kommunale Finanzausgleich sinkt, während gleichzeitig die längst überfällige und von der SPD mehrfach angekündigte und wieder verschobene **Reform des kommunalen Finanzausgleichs** erneut liegen bleibt. Anstatt die kommunale Ebene zu stabilisieren und ihr eine verlässliche Grundlage für zentrale Zukunftsaufgaben zu geben, nimmt die SPD-Alleinregierung eine weitere Verschärfung der Lage in Kauf. Einzelmaßnahmen können die strukturellen Defizite nicht kompensieren. Der vorliegende SPD-Doppelhaushalt hat keine Lösungen für die dramatische Situation der strukturellen Überlastung unserer Kommunen und lässt auch keine Perspektive für diese erkennen. Wer aber die Kommunen schwächt, schwächt das ganze Land. Genau dieses Bild entsteht: eine Landesregierung, die Entscheidungen scheut, Verantwortung vertagt und den kommunalen Haushalten die Konsequenzen aufbürdet – und das offenkundig bis nach der Landtagswahl.

Hinzu kommt, dass die Landesregierung bei allen weiteren großen, für die Strukturentwicklung des Saarlandes entscheidenden Zukunftsprojekten nicht vorankommt. Den neuen **Landesentwicklungsplan** hat sie bereits mehrfach angekündigt, aber immer wieder verschoben. Ein neuer **Krankenhausplan**, der angesichts der dramatischen Lage der Kliniken dringend erforderlich wäre, ist nicht in Sicht. Ebenso hat die SPD keine echten Antworten auf die schwere industriepolitische Krise, in der sich das Saarland momentan befindet. Damit entsteht der Eindruck, dass die SPD-Alleinregierung bei zentralen strategischen Fragen ihren Gestaltungsanspruch für diese Legislaturperiode faktisch aufgegeben hat. Statt Orientierung zu geben, schiebt sie wichtige Weichenstellungen auf die lange Bank – mit erheblichen Folgen für Kommunen, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und wirtschaftliche Entwicklung.

Ein Haushalt, der strukturelle Probleme fortschreibt, neue Risiken schafft und die finanzielle Zukunft des Landes nach 2027 erheblich belastet, verdient keine parlamentarische Zustimmung. Unsere Ablehnung richtet sich jedoch nicht gegen notwendige Investitionen, nicht gegen Lehrer, Polizisten oder Fachkräfte in Bereichen, in denen mehr Personal tatsächlich gebraucht wird. Sie richtet sich gegen eine SPD-Haushaltspolitik, die ohne klare Prioritäten auskommt, ohne Einsparwillen, ohne klare Strukturentscheidungen – und die damit den Handlungsspielraum des Landes für kommende Jahre aufs Spiel setzt.

Gleichzeitig bleibt es für uns selbstverständlich, Verantwortung zu übernehmen

und Alternativen aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund betonen wir insbesondere die folgenden Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2026/2027.

Mittelstand, Handwerk und Familienunternehmen gezielt unterstützen

Die saarländische Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer immer dramatischeren Lage, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Steigende Energie- und Rohstoffkosten, eine spürbare Zunahme bürokratischer Belastungen sowie eine deutschlandweit schwache Konjunktur beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Betriebe. Aktuelle Wirtschaftsberichte und Unternehmensbefragungen zeigen, dass insbesondere der industriell geprägte Mittelstand im Saarland mit zurückgehenden Investitionen, erschwerten Finanzierungsbedingungen und einem zunehmenden Fach- und Unternehmermangel konfrontiert ist. Gleichzeitig entstehen durch den Strukturwandel enorme Anpassungserfordernisse, die kleinere und mittlere Unternehmen oftmals nicht aus eigener Kraft schultern können. Eine aktive, mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik ist daher notwendiger denn je.

Die Lage ist sehr ernst: Das Saarland lag im Jahr 2024 sowohl beim Bruttoinlandsprodukt als auch bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im bundesweiten Vergleich auf dem letzten Platz. Diese Schwäche wird durch aktuelle Wirtschaftsdaten weiter untermauert: Der DATEV-Mittelstandsindex vom Oktober 2025 – ein datenbasierter Indikator, der unter anderem die Umsatzsteuer-Voranmeldungen mittelständischer Unternehmen auswertet – zeigt, dass die saison- und kalenderbereinigten Umsätze zwar in allen Bundesländern rückläufig sind, mit deutlichem Abstand am stärksten jedoch im Saarland mit einem Minus von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die SPD-Alleinregierung hat in der gesamten Legislaturperiode keinerlei Ansätze erkennen lassen, um die Rahmenbedingungen für die saarländische Wirtschaft und die Unternehmen vor Ort zu verbessern. Nicht einmal ein Bemühen um echten Bürokratieabbau ist erkennbar –Anträge oder Gesetze zur Stärkung unserer Wirtschaft gibt es schlichtweg nicht. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall: Die SPD schafft immer weitere Bürokratieauflagen, die den Wirtschaftsstandort Saarland immer weniger attraktiv machen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist ein wirtschaftspolitischer Neustart erforderlich – mit einer Schwerpunktsetzung, die den mittelständisch geprägten Kern der saarländischen Wirtschaft stärkt, regionale Wertschöpfung fördert und neue Wachstumsfelder entwickelt, statt die Wirtschaftspolitik – wie die SPD – von subventionierten Ansiedlungen abhängig zu machen, deren strategische Entscheidungen außerhalb des Saarlandes getroffen werden. Da der vorliegende Doppelhaushalt diesen Kurswechsel nicht ermöglicht, benennen wir gezielt einzelne Projekte und Maßnahmen, die trotz der verfehlten Schwerpunktsetzung der Landesregierung sinnvoll, wirksam und kurzfristig umsetzbar sind.

Die Sicherung der Unternehmensnachfolge im saarländischen Mittelstand ist eine der zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Eine aktuelle Untersuchung der Hochschule für Technik und Wirtschaft

des Saarlandes (htw saar) mit dem Titel „KMU-Studie 2024 – Unternehmensnachfolge im Saarland" zeigt, dass die altersbedingte Unternehmensnachfolge im Saarland zunehmend ins Stocken gerät. Die Studie weist darauf hin, dass in den nächsten Jahren bis zu 5.000 Arbeitsplätze im Saarland verloren gehen könnten, wenn Nachfolgen scheitern. Dennoch fehlt bislang eine Landesstrategie zur Sicherung von Nachfolgen. Dabei ist die Fortführung bestehender Unternehmen mit eingespielten Strukturen, erfahrenem Personal und etablierter Kundenbasis volkswirtschaftlich deutlich effektiver und risikoärmer als Neugründungen, die naturgemäß ein statistisch höheres Ausfallrisiko haben. Der Erhalt bestehender Betriebe sichert bewährte Wertschöpfungsketten und stärkt die Stabilität des saarländischen Mittelstands.

Um der sich weiter zuspitzenden Problematik der Unternehmensnachfolge im Saarland zu begegnen, wollen wir einen **neuen Titel „Innovationsmodell Unternehmensnachfolge (IMUN)" einrichten**. Zwei qualifizierte Stellen sind erforderlich, um das Programm zu entwickeln, zu betreuen und einen zentralen Ansprechpartner für Betriebe, Kammern, Banken und potenzielle Nachfolgerinnen und Nachfolger zu schaffen. Zusätzlich werden Sachmittel für Fachberatung, betriebswirtschaftliche Analysen, digitale Matching-Instrumente und Evaluationsprojekte benötigt, um eine durchgängige Begleitung von Übergabeprozessen sicherzustellen. Das Modell stärkt die Bestandsunternehmen, verhindert Betriebsaufgaben und trägt aktiv zur Stabilisierung des wirtschaftlichen Mittelstands bei.

Als Beitrag zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung setzen wir uns weiter für die finanzielle Unterstützung der entsprechenden Aufstiegsfortbildungen mit dem saarländischen Aufstiegsbonus („Meisterbonus") ein. Die **Erhöhung des Meisterbonus auf 3.000 Euro** ist ein zentraler Baustein, um der Fachkräfte- und Nachwuchsknappheit im Handwerk entgegenzuwirken. Viele Gewerke verzeichnen bereits heute Auftragsrückstände, Verlängerungen von Wartezeiten und fehlende Meisterbetriebe. Mit einem angehobenen Meisterbonus setzt das Land ein deutliches Signal: berufliche Weiterbildung und unternehmerische Verantwortung werden stärker honoriert. Die Anhebung schafft einen unmittelbaren finanziellen Anreiz, die anspruchsvolle und kostenintensive Meisterausbildung aufzunehmen und erfolgreich abzuschließen. Zugleich erhöht das Saarland damit seine Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Bundesländern, die ihre Förderungen bereits deutlich ausgebaut haben. Je stärker junge Menschen für eine Meisterqualifikation gewonnen werden, desto besser gelingt es, Betriebe zu sichern, neue Unternehmensgründungen zu ermöglichen und langfristig die regionale Wertschöpfung zu stärken. Perspektivisch streben wir eine kostenfreie Meisterausbildung im Saarland an.

Keine Freiheit ohne Sicherheit – Wir stehen für einen starken Rechtsstaat mit einer starken Polizei

Sicherheit ist die Grundlage jeder freiheitlichen Ordnung. Die aktuelle Sicherheitslage zeigt jedoch, dass dieser Grundpfeiler unter erheblichen Druck geraten ist. Deutschland erlebt eine Phase wachsender Polarisierung, zunehmender

Extremismusformen, höherer Gewaltbereitschaft gegen staatliche Institutionen und neuer technischer Bedrohungen. Cyberangriffe, hybride Einflusskampagnen und der Missbrauch von Drohnentechnologie stellen Sicherheitsbehörden vor Aufgaben, die vor wenigen Jahren in dieser Form nicht absehbar waren. Auch das Saarland ist davon unmittelbar betroffen. Eine moderne Innen- und Sicherheitspolitik muss diese Entwicklungen ernst nehmen und entschlossen handeln. Wir bekennen uns klar dazu, unseren Rechtsstaat so auszustatten, dass er nicht nur reagiert, sondern handlungsfähig ist und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger aktiv schützt.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzen wir im Doppelhaushalt 2026/2027 gezielte Schwerpunkte. Im Mittelpunkt steht die Polizei als tragende Säule der inneren Sicherheit. Ihre Funktionsfähigkeit entscheidet darüber, ob Gefahren abgewehrt, Straftaten wirksam verfolgt und unsere freiheitliche Ordnung durchgesetzt werden können. Wer von der Polizei Professionalität, schnelle Reaktionsfähigkeit und Präsenz erwartet, muss ihr auch die Mittel dafür zur Verfügung stellen. Das bedeutet: mehr Personal, moderne technische Ausstattung und verlässliche berufliche Rahmenbedingungen.

Die Herausforderungen der Gegenwart lassen sich nicht nur mit Werkzeugen der Vergangenheit bewältigen. Deshalb fördern wir die Modernisierungsoffensive der Polizei im technischen Bereich konsequent weiter. Mit **zusätzlichen Mitteln für die Erprobung von Tablets in Funkstreifenwagen** eröffnen wir einen zentralen Schritt zur mobilen Vorgangsbearbeitung. Dadurch wird die Polizei schneller, präziser und effizienter – ein Gewinn an Sicherheit und ein spürbarer Beitrag zur Entlastung der Einsatzkräfte.

Besondere Priorität besitzt die Fähigkeit zur **Drohnendetektion und -abwehr**. Drohnen werden zunehmend für kriminelle oder sicherheitsrelevante Zwecke missbraucht, sei es zur Ausspähung, zur Störung von Einsatzlagen oder in extremistischen Szenarien. Mit **jährlich 500.000 Euro** stellen wir sicher, dass sich das Saarland an einer bundesweiten Neuausrichtung bei dem Thema anteilig beteiligen kann. Die Mittel stellen somit eine Basisausstattung dar, die diesen Gefahren nicht hinterherläuft, sondern ihnen etwas entgegensetzt. Durch die gezielte Nutzung europäischer Förderprogramme (u.a. ISF, Integrated Border Management, Drone Wall Initiative) wollen wir diese Modernisierung mit einer verantwortungsbewussten Haushaltsführung verbinden.

Sicherheit beginnt bei den Menschen, die sie täglich gewährleisten. Obwohl die Anforderungen steigen, hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren keine nachhaltige Strategie zur personellen Stabilisierung der Polizei vorgelegt. Bei den Neueinstellungen bei der Polizei begeht die SPD Wortbruch: Im Wahlkampf 2022 hatte Anke Rehlinger noch persönlich versprochen: „Wir werden die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter auf 150 erhöhen. Nur so können wir die Abgänge der geburtenstarken Jahrgänge stabilisieren und dann hin zu einem größeren Personalkörper gelangen." Dieses Versprechen hat die SPD-Alleinregierung inzwischen in jedem einzelnen von ihr vorgelegten Haushalt gebrochen.

Wir wollen dieses für die Sicherheit im Saarland wichtige Versprechen einlösen und **in den nächsten beiden Haushaltsjahren jeweils 150 neue Stellen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter** bereitstellen. Damit sichern wir eine langfristige Personalbasis, erhöhen die Präsenz der Polizei in der Fläche und stabilisieren die Einsatzfähigkeit der Vollzugskräfte.

Ergänzend wollen wir **50 Stellen für zusätzliche Tarifbeschäftigte** schaffen, die polizeifremde Aufgaben übernehmen und damit wertvolle Entlastung schaffen – ein Konzept, das bereits in anderen Bundesländern erfolgreich umgesetzt worden ist. Das Ziel ist klar: Polizeibeamte sollen wieder mehr Zeit für ihre Kernaufgabe haben, die Sicherheit der Menschen im Saarland.

Außerdem treten wir dafür ein, dass diejenigen, die tagtäglich besonderen Gefahren ausgesetzt sind, auch besondere Anerkennung erfahren. Die **Erhöhung der Polizeizulage in zwei Schritten auf das Niveau der Feuerwehrzulage** ist ein erforderlicher Schritt, die Attraktivität des Berufs zu stärken und den gesteigerten Anforderungen Rechnung zu tragen. Eine funktionsfähige Polizei braucht konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, gerade in Zeiten eines enger werdenden Arbeitsmarktes.

Moderne Gefahrenlagen erfordern moderne Trainingsbedingungen. Mit **neuen Schieß- und Einsatztrainerstellen an der Fachhochschule für Verwaltung** und dem geplanten **Aufbau einer modularen taktischen Raumschießanlage in Göttelborn** wollen wir erstmals eine Ausbildungsinfrastruktur schaffen, die den realen Einsatzsituationen gerecht wird. Dies stärkt nicht nur die Handlungssicherheit der Beamtinnen und Beamten, sondern verbessert auch den Schutz der Bevölkerung.

Sicherheit ist kein Zufallsprodukt, sondern Ergebnis politischer Prioritätensetzung. Wir stehen für eine Innenpolitik, die den Rechtsstaat stärkt, die Polizei ernst nimmt, moderne Technik bereitstellt und verantwortungsvoll in die Zukunft investiert. Nur so lassen sich Freiheit, Ordnung und Sicherheit im Saarland dauerhaft gewährleisten.

Ein starker Rechtsstaat braucht auch eine starke Justiz

Die Justiz im Saarland arbeitet seit Jahren an der Belastungsgrenze. Verfahren werden komplexer, die Anforderungen an Ermittlungen und richterliche Entscheidungen steigen, und zugleich wächst der gesellschaftliche Anspruch an einen handlungsfähigen Rechtsstaat. Deshalb stellen wir für den Doppelhaushalt 2026/2027 klar: Eine starke Justiz ist keine Option, sondern Voraussetzung für Sicherheit, Ordnung und Vertrauen in staatliches Handeln.

Wir wollen eine strukturelle und nachhaltige Stärkung aller Bereiche der Justiz. Kern bleibt die personelle Entlastung. Die Staatsanwaltschaften und Gerichte benötigen mehr Kapazitäten, um Verfahren zügig zu führen und ihre Aufgaben verlässlich wahrzunehmen. Deshalb wollen wir **zusätzliche Richter- und Staatsanwaltsstellen** schaffen und zugleich die **Beförderungsmöglichkeiten in allen Laufbahnen deutlich ausweiten**. Der Rechtsstaat kann nur

funktionieren, wenn er attraktiver Arbeitgeber bleibt und berufliche Perspektiven bietet. Das Leistungsprinzip bleibt dabei Maßstab unseres Handelns: Wer Verantwortung trägt, soll auch Aufstiegschancen erhalten.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt erneut auf dem Justizvollzug. Die Arbeit in den Vollzugseinrichtungen ist für die Sicherheit unseres Landes unverzichtbar. Wir treten daher dafür ein, die **Gitterzulage schrittweise an die Feuerwehrzulage anzunähern** und den **Vollzug personell zu stärken**. Die **Streichung von KW-Vermerken** und die **Schaffung zusätzlicher Stellen** tragen zu mehr Stabilität und Sicherheit in den Einrichtungen bei. Der Vollzug braucht eine Stärkung, die sowohl Wertschätzung ausdrückt als auch den Belastungen Rechnung trägt, denen die Beschäftigten täglich ausgesetzt sind.

Mit Blick auf den juristischen Nachwuchs setzen wir uns für eine **Verbesserung der Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare** ein. Eine moderne, attraktive Ausbildung ist Voraussetzung dafür, junge Juristinnen und Juristen für den Staatsdienst zu gewinnen und langfristig an das Land zu binden. Ebenso wollen wir die Vergütung der Klausurkorrekturen anpassen, um die Qualität der juristischen Prüfungen zu sichern.

Wir stehen für einen handlungsfähigen, verlässlichen und bürgernahen Staat. Der Rechtsstaat muss durchsetzungsfähig sein – im Gerichtssaal, im Ermittlungsverfahren und im Vollzug. Ein Haushalt, der diese Strukturen stärkt, ist ein Haushalt, der Sicherheit schafft. Mit den vorgelegten Änderungen zum Doppelhaushalt 2026/2027 setzen wir ein deutliches Zeichen: Das Saarland braucht eine Justiz, die ihrem Auftrag gerecht werden kann und die stark genug ist, Freiheit, Sicherheit, Recht und Demokratie gleichermaßen zu schützen.

Bildung mit Qualität und Verlässlichkeit stärken

Nach 13 Jahren SPD-verantwortete Bildungspolitik im Saarland zeigt sich, dass zentrale Herausforderungen im Bildungsbereich des Saarlandes ungelöst geblieben sind. Die aktuellen Entwicklungen machen deutlich, dass ein Kurswechsel notwendig ist, um die Bildungsqualität zu sichern und die Zukunftschancen junger Menschen zu stärken. Wir haben dazu klare Konzepte entwickelt: Erstens brauchen wir verlässliche Kitas, die bezahlbar bleiben und auf die sich Eltern wirklich verlassen können. Zweitens darf kein Kind ohne ausreichende Schulfähigkeit eingeschult werden. Das bedeutet: Jedes Kind muss Deutsch können, aber auch soziale, motorische und kognitive Grundlagen mitbringen. Das müssen wir flächendeckend sicherstellen, etwa durch die Wiedereinführung von Schulkindergärten. Und drittens muss Leistung wieder mehr zählen. Das bedeutet: Keine weitere Absenkung der Anforderungen an Schulabschlüsse und eine Rückkehr zur verbindlichen Versetzungsregelung. Das Sitzenbleiben abzuschaffen, senkt das Bildungsniveau.

Das saarländische Bildungssystem steht an einem entscheidenden Punkt: Wenn der von der SPD seit 2012 in Ressortverantwortung beförderte Abwärtstrend bei Bildungsqualität und Fachkräftesicherung gestoppt werden soll,

braucht es jetzt eine echte Qualitätsoffensive, die bei der frühkindlichen Bildung beginnt und sich durch alle Schulformen zieht. Gute Bildung gelingt nur mit starken Grundlagen – und dazu gehören gut ausgestattete Kitas, verlässliche Schulen und ausreichend qualifiziertes Personal. Zugleich zeigt sich, dass in zahlreichen Bereichen – von der Kita über die allgemeinbildenden Schulen bis hin zu den beruflichen Schulen – in den vergangenen Jahren die Weichen grundlegend falsch gestellt wurden und der Haushaltsentwurf den Weg in die bildungspolitische Sackgasse weiter festigt. Es ist absolut notwendig, bei ganz wesentlichen strukturellen Herausforderungen den Kurswechsel einzuläuten.

Im **Kitabereich** muss Qualität endlich Vorrang erhalten. Dazu braucht es eine **gezielte Fachkräfteoffensive, gezielte Entlastungsschritte, bessere Rahmenbedingungen und eine verbindliche, durchgängige Sprachförderung**. Sprachkompetenz ist der Schlüssel für Bildungserfolg, sie darf nicht vom Zufall abhängen. Deshalb sind **frühe und konsequente Sprachtests sowie verpflichtende Fördermaßnahmen** für Kinder mit Unterstützungsbedarf erforderlich. Zudem ist sicherzustellen, dass **jedes Kind vor der Einschulung eine Kindertageseinrichtung besucht**, um frühzeitig Sprach- und Sozialkompetenzen zu fördern und die Grundlagen für einen erfolgreichen Schulstart zu legen.

Darüber hinaus ist die **Wiedereinführung des Schulkindergartens** erforderlich. Kinder, die zwar schulpflichtig, aber noch nicht schulreif sind, sollen dort die Möglichkeit erhalten, sich individuell zu entwickeln, ohne den Anschluss zu verlieren. Dieses flexible und bedürfnisorientierte Angebot muss so gestaltet werden, dass ein Übergang in die Grundschule jederzeit möglich bleibt. Kein Kind darf zurückgelassen werden, nur weil das System keine passenden Strukturen bietet.

Das **Kooperationsjahr** zwischen Kita und Grundschule muss zudem **verbindlich und praxisnah ausgestaltet** werden, um den Übergang für alle Kinder bestmöglich zu begleiten. Hierfür sind klare Strukturen und ausreichend Personal notwendig. In der Grundschule ist die Lehrerreserve deutlich aufzustocken, um den ständigen Ausfall der Kooperation zu stoppen. Gleichzeitig muss die **Lehrerreserve in allen Schulformen endlich ehrlich bedarfsgerecht aufgestockt** werden, um Ausfälle in der Fläche abzufedern, und Verlässlichkeit im Schulalltag zu gewährleisten.

Wer Bildung ganzheitlich denkt, muss auch den kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ernsthaft vorbereiten. Bildung endet nicht an der Klassenzimmertür, sie findet auch am Nachmittag statt, in offenen Bildungs-, Förder- und Freizeitangeboten. Damit der Anspruch ab 2026 nicht zum nächsten leeren Versprechen wird, sind verlässliche Rahmenbedingungen für den Ganztag zu schaffen: **klare Qualitätsstandards**, eine **ausreichende Finanzierung, die Qualität und Stabilität bei den Elternbeiträgen gewährleistet**, eine **verlässliche Unterstützung der Kommunen** und – vor allem – **genügend qualifiziertes Fachpersona**l. Nur wenn Betreuung und Bildung zusammen gedacht werden, kann der Ganztag zu einem echten Gewinn für Kinder und Familien werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Stärkung der schulpsychologischen Dienste. Kinder und Jugendliche benötigen verlässliche Ansprechpartner, die ihnen in schwierigen Situationen zur Seite stehen – unabhängig von Alter, Schulform oder Wohnort. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist **im Ministerium für Bildung und Kultur ein eigener Fachdienst „Schulpsychologie" aufzubauen**. Dieser ist schrittweise zu erweitern, fachlich zu begleiten und an die konkreten Bedarfe der Schülerinnen und Schüler vor Ort anzupassen. Der neue Fachdienst soll die bestehenden kommunalen schulpsychologischen Strukturen ergänzen und unterstützen, um eine verlässliche, gut abgestimmte und dauerhaft abgesicherte Begleitung sicherzustellen, die Schulen und Familien gleichermaßen stärkt.

Kultur als zentralen Standort- und Wirtschaftsfaktor stärken

Kultur ist als zentraler Standort- und Wirtschaftsfaktor strategisch zu berücksichtigen. Sie stärkt Kreativität, regionale Wertschöpfung und gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt entscheidend zur Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des Landes bei. Um diesen Beitrag voll auszuschöpfen, bedarf es einer **kohärenten Kulturstrategie**, die klare Ziele setzt, Prioritäten definiert und nachhaltige Entwicklungsperspektiven eröffnet. Dabei ist ein offener Kulturbegriff zugrunde zu legen und kein von Politik eingehegter. Ebenso notwendig ist eine **moderne Förderpraxis**, die Breite wie Spitze im Kulturbereich von intransparenten und kleinteiligen Projektmittelvergaben entlastet und stattdessen verlässliche, planbare und faire Finanzierungsstrukturen schafft, die Qualität, Kontinuität und Innovation langfristig ermöglichen.

Sicherung einer flächendeckenden Krankenhausversorgung im Saarland

Die saarländische Krankenhauslandschaft und damit die gesamte Gesundheitsversorgung im Land stehen unter massivem finanziellem Druck. Die finanzielle Lage aller Krankenhäuser im Saarland spitzt sich weiter dramatisch zu. Betriebskosten für Energie, Material, Dienstleistungen und Personal laufen aus dem Ruder. Neben diesen laufenden Betriebskosten, die explodieren, leiden die saarländischen Krankenhäuser darüber hinaus unter einem generellen Investitionsstau in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro. Unsere Krankenhäuser sind mehr als in Alarmstimmung, sie stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Neben dringend notwendiger struktureller Änderungen bedarf es bis zur Umsetzung der Krankenhausstrukturreform insbesondere **zusätzlicher Mittel für Investitionen, um den laufenden Betrieb qualitativ und quantitativ zu sichern**.

Wir setzen uns daher nachdrücklich für die Stärkung und Diversifizierung der wirtschaftlichen Grundlage der saarländischen Krankenhäuser ein. Dies beinhaltet eine **massive Erhöhung der Investitionsmittel des Landes**, um eine breitere finanzielle Basis zu schaffen. Dies ist insbesondere zwingend notwendig, da die Höhe der Investitionsmittel seit vielen Jahren stagniert, was zulas-

ten der Ausstattung der Krankenhäuser und somit der gesundheitlichen Versorgung der Menschen geht. Denn dringend erforderliche Beschaffungen zur Qualitätssicherung können oftmals nicht ausreichend finanziert und somit nicht getätigt werden.

Zusätzlich fordern wir eine **verlässliche Brückenfinanzierung durch den Bund**, insbesondere zur Deckung der Betriebskosten bis zum Inkrafttreten der Krankenhausreform. Aber auch die Landesregierung darf sich diesbezüglich nicht hinter formalen Zuständigkeitsfragen verstecken und unsere Krankenhäuser mit den überbordenden Problemen allein lassen. Der Bund muss zudem unverzüglich die Apotheken unterstützen, indem er die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung des seit 2013 nicht erhöhten „Fixums" je Arzneimittelpackung auf 9,50 Euro umsetzt. Dies wäre ein erster, aber sehr wichtiger Schritt, einer weiteren Schließung von Apotheken entgegenzuwirken.

Darüber hinaus setzen wir uns für die **finanzielle und personelle Unterstützung bei der Entwicklung dezentraler Medizinischer Versorgungszentren (MVZ)** ein, um eine flächendeckende und effiziente Gesundheitsversorgung im Saarland dauerhaft sicherzustellen.

Zusätzlich fordern wir eine **deutliche Erhöhung der Studienplätze für Humanmedizin** an der Universität des Saarlandes. Nur so kann es uns gelingen, eine flächendeckende hausärztliche Versorgung dauerhaft zu gewährleisten. Dies ist umso dringlicher, da sich zunehmend zeigt, dass das von der CDU-geführten Landesregierung auf den Weg gebrachte Förderprogramm für Landärzte unter der SPD-Verantwortung nicht die gewünschte Wirkung erzielt. Die erforderlichen Anpassungen, damit die Fördermittel künftig passgenau und zielgerichtet für Niederlassungen von Hausärzten in ländlichen Regionen eingesetzt werden können, duldet keinen Aufschub.

Sichere Mobilität für alle – Schienenverkehr, Radwege, Verkehrsprävention und kommunale Verkehrsberuhigung

Wir setzen uns für eine verlässliche, zukunftsfähige und bürgernahe Verkehrspolitik ein, die Mobilität ermöglicht, statt sie einzuschränken. Mit einer strategischen **Stärkung des Schienenverkehrs** – einschließlich einer schnellen **Direktverbindung nach Luxemburg** und der Entwicklung Saarbrückens zu einem **echten Eisenbahnknoten** – wollen wir die Anbindung des Saarlandes massiv verbessern. Wir fordern einen leistungsfähigen, **einheitlich organisierten ÖPNV** mit klaren Zuständigkeiten, attraktiven Takten und besseren Verbindungen im ländlichen Raum. Die Menschen im Saarland haben Anspruch auf eine moderne, vernetzte Mobilitätspolitik, die wirtschaftliche Stärke, Klimaschutz und Lebensqualität gleichermaßen fördert. Neben den vorhandenen Mittel müssen deshalb auch Mittel des Transformationsfonds für den Bereich Klimaschutz zielgerichtet eingesetzt werden.

Angesichts wachsender Mobilitätsanforderungen und steigender Nutzung des Radverkehrs kommt der Verkehrssicherheit eine besondere Bedeutung zu.

Eine sichere, ausreichende Infrastruktur ist Grundlage für unfallarme Alltagsmobilität, aber auch den stetig wachsenden touristischen Radverkehr. **Verkehrssicherheitstrainings** sind dabei ein wesentlicher Baustein, denn sie stärken Wissen, Reaktionsfähigkeit und Gefahrenbewusstsein nachhaltig und tragen so entscheidend zur Unfallprävention bei. Ein **höherer Mittelansatz in den Jahren 2026 und 2027 von jeweils 35.000 Euro** ist daher erforderlich, um weiterhin präventive Maßnahmen auf hohem Niveau sicherzustellen.

Auch gezielte Projekte an innerörtlichen Durchgangsstraßen sind von besonderer Bedeutung für die Erhöhung der Verkehrssicherheit, da sie zur Reduzierung von Unfallrisiken beitragen und den Schutz aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im unmittelbaren Wohn-, Aufenthalts- und Lebensbereich gewährleisten. Deshalb machen wir uns nach wie vor für das **Projekt „Die Stroß durchs Dorf"** stark, damit in Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort passende Lösungen zur Erhöhung der Sicherheit und der Reduktion von Verkehrsbelastung umgesetzt werden können.

Alltagsradwege entlang der Straßen sind für Pendlerinnen und Pendler von zentraler Bedeutung. Eine systematische und gezielte Pflege dieser Wege erhöht nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern trägt zur Förderung klimafreundlicher Mobilität bei. Unzureichend gepflegte Radwege bergen erhebliche Unfallrisiken und führen langfristig zu höheren Instandsetzungskosten. Wir fordern daher, dass **in den Jahren 2026 und 2027 jeweils 300.000 Euro** zur Verfügung gestellt werden, damit die steigenden Anforderungen an Infrastruktur, Sicherheit und Mobilitätswende auch entsprechend der Empfehlungen des Gutachtens des Bürgerrates „Klimaschutz im Saarland" nachhaltig erfüllt werden.

Um die Unterhaltung landesweiter Radstrecken effektiv sicherzustellen, ist eine **Aufstockung des Personals im Landesbetrieb für Straßenbau** erforderlich. Nur mit zusätzlicher personeller Kapazität sind regelmäßige Kontrollen, eine zeitnahe Beseitigung von Schäden sowie eine vorausschauende Planung von Instandhaltungsmaßnahmen möglich. Die Erweiterung der Ressourcen ist damit ein wesentlicher Baustein, um die Verkehrssicherheit zu stärken, den Alltagsradverkehr nachhaltig zu fördern und die Belastung der bestehenden Infrastruktur zu reduzieren.

Naturschutz, Seuchenschutz und Tierschutz sind Teil der Daseinsvorsorge

Streuobstwiesen sind der Schlüssel für effektiven Tier- und Artenschutz. Zahlreiche Studien zeigen, dass der Verlust traditioneller Streuobstflächen eng mit dem Rückgang vieler Vogelarten verknüpft ist. Die **Streuobstkoordinierungsstelle des Verbandes der Gartenbauvereine Saarland/Rheinland-Pfalz** sorgt dafür, dass diese artenreichen Lebensräume gepflegt, erhalten und erweitert werden. Um diesem Anspruch auch weiter gerecht zu werden und eine dauerhafte Beratung, Koordination und fachliche Unterstützung aufrecht zu erhalten, ist eine **Erhöhung des Mittelansatzes in den Jahren 2026 und 2027 von jeweils 20.000 Euro** erforderlich.

Auch die Bekämpfung von Tierseuchen und Tierkrankheiten ist ein zentraler Bestandteil des Tierschutzes. Die in diesem Jahr erneut aufgetretenen Ausbrüche der Geflügelpest sowie weiterer Tierseuchen verdeutlichen die anhaltend hohe Gefährdungslage für Wild- und Nutztiere. Diese Entwicklung macht klar, dass bestehende Strukturen zur Seuchenprävention und -bekämpfung einer erheblichen Belastung ausgesetzt sind. Wir wollen, dass in den Jahren **2026 und 2027 eine ausreichend finanzielle, personelle und materielle Ausstattung** bereitgestellt wird, um eine **effektive Eindämmung von Tierseuchen und Tierkrankheiten** sicherzustellen.

Die Hervorhebung des Tierschutzes als Staatsziel in der Verfassung verdeutlicht unzweideutig: Der Schutz und das Wohl von Tieren sind nicht nur moralische Gebote, sondern Teil einer verbindlichen staatlichen und gesellschaftlichen Verantwortung. Diese Aufgabe wird im Saarland in erheblichem Maße durch engagierte Ehrenamtliche getragen, die mit großem Einsatz und Fachkenntnis einen zentralen Beitrag zur Aufgabenerfüllung leisten. Für die ordnungsgemäße und verantwortungsvolle Wahrnehmung dieser Aufgabe ist die Bereitstellung ausreichender und verlässlicher finanzieller Mittel zwingend erforderlich.

Als Einrichtungen von hoher sozialer Relevanz leisten vor allem Tierheime wertvolle Hilfe für Mensch und Tier, fördern verantwortungsbewusste Tierhaltung und tragen so auch zur sozialen Stabilität im Gemeinwesen bei. Angesichts stetig wachsender Anforderungen zeigt sich nach wie vor ein erheblicher Förderungsbedarf der Tierheime im Saarland, deren Arbeit maßgeblich von engagierten Ehrenamtlichen getragen wird. Unser Vorschlag sieht vor, **jeweils 150.000 Euro im Jahr 2026 und 2027 für unsere Tierheime hier im Saarland** bereitzustellen.

Genauso wichtig ist die gezielte Förderung der Wildvogelauffangstationen im Saarland. Sie sind die erste Anlaufstelle für verletzte oder infizierte Wildvögel und leistet zudem einen wesentlichen Beitrag zum Natur- und Artenschutz. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes der **Wildvogelauffangstation** ist eine **personelle Aufstockung** unabdingbar. Wir möchten hierfür in den Jahren **2026 und 2027 jeweils 150.000 Euro** bereitstellen. Diese Unterstützung stärkt nicht nur den Tierschutz, sondern würdigt und sichert auch den Einsatz derjenigen, die diese gesellschaftlich wertvolle Arbeit leisten.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.